

## 200 Jahre Franken in Bayern

von Dieter J. Weiß

(Vortrag am 1. Mai 2014 bei der Gesellschaft für fränkische Geschichte  
in Schloß Ullstadt)

Über der Kaiserburg Nürnberg weht seit der Amtszeit des amtierenden Finanzministers neben der Weiß-Blauen auch eine Rot-Weiße Fahne, die mit dem Wappenschild eines sogenannten Fränkischen Rechens belegt ist. Ein Nürnberger Bürger um 1800 hätte sich darüber stark gewundert, handelt es sich dabei doch um das Wappen des Würzburger Bischofs. Hat dieser etwa die Nürnberger Burg erobert? Damit sind wir mitten in der historischen Problematik der vielfältigen fränkischen Geschichte und Gegenwart.

200 Jahre Franken in Bayern - dieser Titel enthielt schon 2006 Fehler oder zumindest problematische Formulierungen. Anlaß für diesen Titel war die Landesausstellung des Hauses für Bayerische Geschichte „200 Jahre Franken bei Bayern“, die in Nürnberg stattfand. Und für die ehemalige Reichsstadt hat dieses Jubiläum auch tatsächlich Gültigkeit. Aber - kann Nürnberg für Franken stehen, und wie weit darf Nürnberg zu Franken gerechnet werden? Im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit war dies keineswegs selbstverständlich. Für Oberfranken hatte dieses Jahr 1806 eigentlich keine Bedeutung. Bayreuth und damit das Markgraftum Brandenburg-Bayreuth wurde schließlich erst 1810 vom Königreich Bayern erworben, das Hochstift Bamberg bereits 1802 von kurbayerischen Truppen besetzt. Das Großherzogtum Würzburg aber, nach das säkularisierte Hochstift schon 1802/03 von Bayern besetzt worden war, kam 1814 an das Königreich Bayern – so daß unsere 200 Jahre Jubiläums-Überschrift gerettet ist. Wir wollen versuchen, dieses Thema in seiner historischen Dimension auszuleuchten.

Das spätmittelalterliche Franken blieb trotz der Hegemoniebemühungen der Hohenzollern ein Raum ohne politische Einheit oder Zentralgewalt. Hier existierten die Hochstifte Würzburg, dessen Bischof den Titel eines Herzogs von Franken beanspruchte, Bamberg und Eichstätt, der vielgliedrige Staat des Deutschen Ordens, die Markgraftümer Brandenburg-Ansbach und Kulmbach, die Reichsstädte Nürnberg, Rothenburg, Schweinfurt, Weißenburg und Windsheim, die Reichsgrafschaften vieler Dynasten- und Ministerialenfamilien wie der Castell, Erbach, Hohenlohe, Pappenheim, Rieneck, Seinsheim oder Wertheim. Selbst Reichsritter und Reichsdörfer gelangten im 16. Jahrhundert zur Reichsunmittelbarkeit, ohne freilich in die Organisation des Fränkischen Reichskreises einbezogen zu werden. Dieser entstand im Zuge der

Reichsreform König Maximilians I. (1459-1519) ab 1500. Neben der Koordinierung der Wirtschaftspolitik und des Finanzwesens gehörten die Erhebung der Reichssteuern und die Aufstellung von Kreistruppen zu seinen Hauptaufgaben. Die Reformation hatte die bestehenden politischen Gegensätze in Franken verschärft. Während sich die geistlichen Gebiete ihr gegenüber weitgehend resistent erwiesen hatten, gehörten Markgraftümer und Reichsstädte zu den führenden Exponenten der evangelischen Partei im Reich. Nie konnte ein Reichsstand im Kreis die Vormacht erringen, man war vielmehr auf eine Politik des Ausgleichs der unterschiedlichen politischen und konfessionellen Interessen angewiesen. Gerade das Fehlen einer politischen Zentralgewalt ermöglichte in dieser Region eine kulturelle Vielfalt.

Der Fränkische Kreis war auch am Ende des 18. Jahrhunderts noch funktionsfähig, unterhielt ein stehendes Heer und wahrte den Landfrieden. Seit 1791 tagte der Kreistag permanent und entwickelte sich zu einer politischen Institution mit eigenständigen Konzepten. Erst am 16. August 1806, also nachdem Franz II. (1768-1835) die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches niedergelegt hatte, erklärte der bayerische Kreisgesandte, der in die Bamberger Direktorialrechte eingerückt war, die Kreisversammlung für aufgelöst.

Das am 1. Januar 1806 proklamierte Königreich Bayern bildete dagegen einen eigenständigen Staat, der über eine ungebrochene Tradition vom Stammesherkzogtum bis zum souveränen Königreich verfügte. Die wohl einschneidendsten Veränderungen seiner Geschichte erlebte es zwischen 1802 und 1815, als aus dem alten Kurfürstentum, säkularisierten Hochstiften des bayerischen, den meisten Territorien des fränkischen und den östlichen Teilen des schwäbischen Reichskreises das moderne Bayern geformt wurde. Mit Legitimität hatten die Säkularisationen und Mediatisierungen nach dem Reichsdeputationshauptschluß von 1803 sicher nichts zu tun, sondern mit kühler Machtpolitik. Und hätte Bayern nicht zugegriffen - eine müßige Fragestellung - hätte sicher Preußen versucht, seine fränkische Stellung zu behaupten und auszubauen. Denken wir nur an die rigorose Politik Karl August Freiherr von Hardenbergs (1750-1822), der bei der Inbesitznahme der Markgraftümer für die Krone Preußen Ansprüche auf ganz Franken erhoben hatte. Hardenberg wollte die beiden Fürstentümer zum Brückenkopf für das Ausgreifen Preußens nach Süddeutschland ausbauen. Als nächsten Schritt plante er die Übernahme der Hochstifte Bamberg und Würzburg. Bereits 1802 besetzte Bayern aber die fränkischen Hochstifte, Würzburg bildete dann zwischen 1805 und 1814 ein eigenes Großherzogtum. Damals stand nicht Bayern gegen Franken, sondern Machtpolitik gegen altes Reichsrecht, das keine Verteidiger mehr fand.

Im Pariser Vertrag (15. Februar 1806) überließ Preußen Ansbach in einem Ringtausch Bayern. Die Bevölkerung wäre lieber bei Preußen geblieben. Dynastische Anhänglichkeit und protestantisches Bekenntnis zusammen hatten die Furcht vor der Herrschaft des katholischen Bayern bedingt. Und in diesem Jahr 1806 kam auch Nürnberg an Bayern. Das Fürstentum Bayreuth blieb zunächst unter preußischer Verwaltung. Als Preußen aber bei Jena und Auerstedt (14. Oktober 1806) den Krieg gegen Napoleon verloren hatte, ließ dieser im Herbst 1806 Bayreuth unter französische Militärverwaltung stellen. Schließlich übernahm Bayern 1810 (Pariser Vertrag vom 28. Februar 1810) Bayreuth für den Kaufpreis von 15 Millionen Francs.

Der bayerische Minister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas (1759-1838) schuf aus den disparaten Territorien einen zentralistischen Staat mit einem einheitlichen Untertanenverband ohne ständische oder sonstige Privilegien. An Stelle des bisherigen Territorialgewirrs traten klare Zuständigkeiten. Nach dem Muster der französischen Departements teilte Montgelas Bayern 1808 in möglichst gleichgroße Kreise unter Verwendung natürlicher Grenzen. In Franken entstanden Altmühl-, Main-, Pegnitz- und Rezatkreis. Nürnberg wurde zur Hauptstadt des Pegnitzkreises mit dem Sitz des Generalkreiskommissariates und einer Finanzdirektion.

Widerstände bei der fränkischen Bevölkerung in den ehemaligen Hochstiften lösten weniger die Verwaltungsneuorganisation aus als vielmehr die radikalen Säkularisationsmaßnahmen. Die Aufhebung der Klöster und die Unterdrückung tradierten religiösen Brauchtums verletzte die Gefühle der gläubigen Bevölkerung. Kulturelle Werte gingen bei den teils barbarisch durchgeführten Aktionen zugrunde, Kunstwerke in nunmehrigem Staatsbesitz wurden zentralisiert. Diese modern-aufgeklärten Maßnahmen, dieser radikale Bruch mit der Tradition trafen aber nicht nur Franken, sondern ganz Bayern. Es war die Spätaufklärung, die ihre Kirchenfeindschaft und ihren Nützlichkeitswahn, ihre Ablehnung gewachsener Traditionen und ihren Zentralisierungsfetischismus auslebte.

Der Beginn der bayerischen Herrschaft in Franken stand so unter einem Unstern. Die Identität der ehemaligen Hochstiftsuntertanen war katholisch geprägt, Proteste entzündeten sich an antikirchlichen Maßnahmen. Noch stärker blieb in den Reichsstädten die Erinnerung an das Reich wirksam. Als im Juni 1809 ein österreichisches Freikorps nach Franken gelangte, öffnete ihm die Nürnberger Bevölkerung die Tore, gegen die Polizeidirektion kam es zu Ausschreitungen, die bayerischen Wappen wurden abgerissen. Nach der Rückkehr der bayerischen Herrschaft wurde zur Strafe 1810 der Pegnitzkreis aufgelöst und Nürnberg dem Rezatkreis mit Hauptstadt in Ansbach zugeschlagen.

Es gibt aber keine überzeugenden Beweise, daß die Bewohner der fränkischen Territorien zuvor ein grenzüberschreitendes, reichskreisweites fränkisches Gemeinschaftsgefühl entwickelt hätten. Die Identität der ehemaligen Reichsstädter hatte sich auf Nürnberg und darüber auf das Reich bezogen, die Loyalität galt dem römisch-deutschen Kaiser. In den vormaligen Markgraftümern war noch die Anhänglichkeit den alten Landesherrn gegenüber lebendig, die man dem König von Preußen bewahrt hatte. Die traditionelle Loyalität zu Kaiser und Reich konnte sich in Franken mit der modernen nationalen Bewegung des Zeitalters der Befreiungskriege verknüpfen.

Die Sorge vor der napoleonfeindlichen Stimmung in den fränkischen Provinzen trug dazu bei, daß Montgelas sich im Vertrag von Ried am 8. Oktober 1813 von Frankreich löste und der Koalition seiner Gegner beitrug. Während Bayern Tirol und Salzburg Österreich überlassen mußte, konnte es sich im ersten Pariser Frieden (30. Mai 1814) das Fürstentum Aschaffenburg und das Großherzogtum Würzburg sichern. Als im Februar 1817 die Kreiseinteilung dem aktuellen Gebietsstand angepaßt wurde, bedeutete dies für Franken die Errichtung von drei Kreisen, des Rezatkreises mit Sitz in Ansbach, des Obermainkreises mit Sitz in Bayreuth und des Untermainkreises mit Sitz in Würzburg. Im Prinzip war damit die bis heute gültige Verwaltungsgliederung Frankens grundgelegt.

Die ehemaligen Residenzstadtbewohner bedauerten den Verlust ihres Hofes und seiner Verdienstmöglichkeiten wie seiner kulturellen Ausstrahlung. Sie hofften darauf, daß sich Angehörige des Königshauses in den leerstehenden Schlössern niederlassen würden. In Eichstätt richtete der Stiefsohn Napoleons und Schwiegersohn Max I. Joseph, Eugène Beauharnais, als Herzog von Leuchtenberg 1817 seine Residenz ein. Herzog Wilhelm in Bayern erhielt 1803 die Bamberger Residenz als Wohnsitz zugewiesen, 1814 erwarb er Kloster Banz als Sommersitz. Sein Sohn Herzog Pius lebte zu seinem Tode 1837 im Neuen Schloß und in der Eremitage Bayreuth. Nochmals Residenzfunktion erhielt eine fränkische Stadt, als in der Neuen Residenz Bamberg der 1863 vertriebene König Otto von Griechenland, Sohn König Ludwigs I., und seine Witwe Amalie Marie bis zu ihrem Tode (1867/75) mit Resten ihres Hofstaates lebten.

Der in Franken lebendige Reichspatriotismus sollte in der bayerischen Verfassungsbewegung münden. Die Anhänger der nationalen und konstitutionellen Bewegung scharten sich um Kronprinz Ludwig. König Max I. Joseph (1756-1825) wies seinem Sohn 1816 als Residenzen die Schlösser in Würzburg für den Winter und Aschaffenburg für den Sommer zu, dazu kamen Veitshöchheim und Schönbusch. Die

Konstitution von 1818 wurde überschwenglich begrüßt. Anselm von Feuerbach (1775-1833) schrieb: „Erst mit der Verfassung hat sich unser König Ansbach, Bayreuth, Würzburg und Bamberg und alle anderen fränkischen Lande erobert.“ Franz Erwein Graf von Schönborn (1776-1840) beauftragte Leo von Klenze (1784-1864) zur Erinnerung auf dem Sonnenhügel über Gaibach die „Konstitutionssäule“ zu errichten. Trotz oder wegen aller Verfassungsbegeisterung in Neubayern wurden gerade in Franken und in der Pfalz Stimmen laut, die ihre Fortentwicklung forderten. Die Wortführer der Liberalen beim ersten Landtag 1819 stammten aus Franken: Franz Ludwig von Hornthal (1763- 1833) und der Würzburger Staatsrechtsprofessor und spätere Bürgermeister Wilhelm Joseph Behr (1775-1851). Auch die durch die Euphorie der Befreiungskriege ausgelöste deutschnationale Bewegung war in Franken stark vertreten, zu deren führenden Exponenten die Burschenschaften an den Universitäten Erlangen und Würzburg gehörten.

Die Hoffnungen der Liberalen konzentrierten sich auf die Thronbesteigung Kronprinz Ludwigs. In der ersten Phase seiner Regierung stützte er sich stark auf die Verfassung und erfüllte einige liberale Forderungen. Freilich war Ludwig I. zutiefst vom Gedanken des Gottesgnadentums durchdrungen. Der Monarch dokumentierte 1835 die Vielfalt seiner Länder aus „vier Völkerstämmen“ in einem neuen Titel: „Ludwig von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben etc. etc.“. Erstmals waren damit alle Franken zumindest dem Titel nach in einem Herzogtum vereinigt. Ludwig I. bemühte sich erfolgreich, die eigenständigen Traditionen der fränkischen Territorien zu beleben. In diesen Bereich gehört die Historisierung des bayerischen Wappens (1835), für das er den fränkischen Rechen, der seit dem 14. Jahrhundert auf Grabsteinen der Würzburger Fürstbischöfe begegnet, als Symbol für Franken bestimmte. Er bezog auch die Regierungskreise in dieses Konzept ein, indem er 1837 die Flußnamen durch die historisierenden Bezeichnungen Ober-, Mittel- und Unterfranken und Aschaffenburg ersetzen ließ. Ein weiteres Element bildete seine Denkmalpolitik, in mehreren fränkischen Städten ließ er Monumente der früheren Regenten aufstellen. Ludwig I. inszenierte sich dadurch als Erben der fränkischen Fürsten. Auf diese Weise trug er zur Bildung einer fränkischen Identität bei, die aber auf die Person des Monarchen ausgerichtet sein sollte. Er konstituierte den König und die Dynastie als Klammer und Garanten der Einheit des Königreiches.

Seine zunehmend autokratische Regierungsweise führte freilich zu Konflikten mit den nationalliberalen Kreisen aus Franken. Die Stimmung wurde im Jahr 1831 angeheizt durch das Auftauchen einer anonymen Schrift, die datiert war unter dem „1.

Oktober im 1. Jahr der Republik Franconia“. Die latente Unruhe fand ihren Ausdruck beim Gaibacher Konstitutionsfest 1832. Der Würzburger Bürgermeister Behr wurde später vor Gericht gestellt und wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung zur Abbitte vor dem Bild des Königs und zu ungemessener Festungshaft verurteilt. Problematisch war zeitweilig auch das Verhältnis Ludwigs I. zu den fränkischen Protestanten. Mit der Auflösung der Markgraftümer und Reichsstädte war ihre kirchliche Verfassung zusammengebrochen und es mußte erst eine neue Organisationsform für sie geschaffen werden: die „Protestantische Gesamtgemeinde des Königreiches“ und spätere Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern rechts des Rheins. Der katholische König wurde zu ihrem *summus episcopus*. Die Konfessionspolitik in der Ära Abel (1837-1847) brachte aber den staats- und königstreuen Protestantismus gegen den König und Bayern auf.

Erst die Einbindung der fränkischen Territorien in das Königreich Bayern hatte die Voraussetzung für die Ausbildung eines gesamtfränkischen Bewußtseins geschaffen. Nationalliberale und dezidiert protestantische Kreise konnten im Vormärz ihre fränkische Identität zur bewußten Distanzierung vom Königreich Bayern und seiner Politik einsetzen.

Die Stärke der nationalliberalen Bewegung in Franken, erweitert um soziale Motive, war wohl der Grund, warum hier die Revolution 1848 und ihre Folgen radikaler als in Altbayern verliefen. Die Sitze der Regierungspräsidenten mit ihrem hohen Beamtenanteil an der Bevölkerung verhielten sich weitgehend ruhig. Die Städte Aschaffenburg, Schweinfurt, Nürnberg und besonders Bamberg bildeten die Zentren der Märzunruhen. Von hier griff die Erregung auf das fränkische Land über, diese Unruhen nahmen einen sozialrevolutionären Charakter an. Die Krawalle wurden dabei von Pogromen gegen jüdische Kreditgeber begleitet. In dieser aufgeheizten Atmosphäre fanden die Vorbereitungen zur Wahl der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt statt. Aus den Wahlen zur Paulskirche gingen im Frühjahr 1848 mehrheitlich aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum stammende fränkische Vertreter hervor. Die altbayerischen wie die katholisch-fränkischen Abgeordneten gehörten dann zu den schärfsten Gegnern eines preußischen Erbkaisertums, die protestantischen Vertreter Frankens stimmten dagegen für die kleindeutsche Lösung. In Nürnberg hoffte man schon, Hauptstadt des künftigen Reiches zu werden. Hans von Aufseß, der spätere Gründer des Germanischen Nationalmuseums, hatte dies in einer anonymen Flugschrift angeregt. Die Bruchstelle in der politischen Einstellung und fränkisch-bayerischen Identität verlief also entlang der Konfessionsgrenzen.

Bald faßten die bayerische Regierung und Bürokratie aber wieder Tritt gefaßt. Die Rückschläge für Frankfurt führten zu einer Radikalisierung. Fränkische Demokraten hielten in Bamberg einen Kongreß ab, bei dem ein Aufruf „An das fränkische Volk“ verfaßt wurde: „Franken hat jetzt eine große Aufgabe, es muß den Altbayern vorangehen im Kampfe um die Freiheit für Deutschland. Vorwärts ihr Männer und Frauen! Die Franken müssen Bayern deutsch und frei machen!“ Die fränkische Freiheits- und Separatistenbewegung kulminierte in der Zusammenkunft am 13. Mai in Nürnberg mit 30 000 Teilnehmern. In einer Adresse an den König drohte dieser „Frankentag“ mit dem Abfall Frankens, falls dieser den gewählten Landtag auflösen würde. Ohne ausreichende Organisation hatte die nationalliberale und antibayerische Bewegung in Franken damit aber bereits ihren Höhepunkt überschritten. Die 1848/49 verschiedentlich geäußerten fränkischen Identitäten wurden mit der Loyalität zur deutschen Nation begründet, wurden aber politisch nicht wirkmächtig.

Das Ende der revolutionären Unruhen in Franken und die Aussöhnung der bayerischen Monarchie mit den „gutgesinnten“ Schichten wird durch die Huldigungsreise des Königspaares durch Franken im Juni 1849 markiert. 1860 wurde die Zugehörigkeit des vormaligen Markgraftums Bayreuth zu Bayern demonstrativ inszeniert. In Bayreuth wurde in Anwesenheit des Königspaares ein Denkmal Maximilians II. enthüllt. Nach der Jahrhundertmitte intensivierte sich die Integration Frankens in Bayern, das immer stärker zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammenwuchs, wozu die neuen Verkehrsmittel - an erster Stelle die Eisenbahn - beitrugen. Durch Privatinitiative Nürnberger Kaufleute war ja die Ludwigsbahn als erste Eisenbahn innerhalb Deutschlands am 7. Dezember 1835 zwischen Nürnberg und Fürth gefahren.

Nürnberg entwickelte sich zu einem frühen Zentrum der Industrialisierung, wofür hier nur die Maschinenbauanstalt von Johann Friedrich Klett (1841, Herstellung von Eisenguß) und seinem Schwiegersohn Theodor (von) Cramer-Klett (1817-1884) stehen soll, später aufgegangen in der MAN (1898). Im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie kam den Brauereien große Bedeutung zu. Zunächst die Bierstadt Erlangen, dann Nürnberg und Kulmbach hatten noch nach der Jahrhundertmitte den stärksten Anteil am bayerischen Bierexport. Der wirtschaftliche Erfolg saugte einen Großteil des politischen Engagements des fränkischen Bürgertums auf, die Bevölkerungszahlen in den Städten expandierten und verwischten hier bereits die konfessionellen Grenzen.

1866 tat sich die Bruchlinie zwischen Altbayern und Franken nicht mehr auf,

bestimmend blieb nur noch der konfessionelle Gegensatz. Die Integration Frankens in das Königreich Bayern war geglückt, freilich um den Preis, daß sich auch die Erinnerung an den Reichskreis und den Ritterkreis des Alten Reiches verflüchtigten. Das Nationalbewußtsein wandte sich vollends mit der Bildung des kleindeutschen Kaiserreichs 1871 Berlin zu. Oppositioneller Geist gegen das Königreich Bayern konnte nun stärker in einen Reichspatriotismus umschlagen. In Franken blieb der Anteil der liberal-demokratischen wie nationalliberalen Landtagsabgeordneten weiterhin höher als in Altbayern. Dabei wußten die Vertreter der Liberalen das im Vergleich zu Preußen demokratischere Wahlrecht und die freiheitlichere Verfassung Bayerns zu schätzen. Allerdings gab es auch in Franken Verteidiger der bayerischen Unabhängigkeit gegen den Anschluß an das Bismarck-Reich, wobei ältere großdeutsche Loyalitäten mitspielten. Georg Arbogast Freiherr von Franckenstein (1825-1890), erblicher Reichsrat der Krone Bayern, unbeirrbarer Gegner des preußischen Einheits- und Militärstaates, stimmte wie Clemens Graf von Schönborn-Wiesentheid (1810-1877) in der ersten Kammer gegen den Anschluß an das kleindeutsche Reich. Zweimal (1875 1886) stand Franckenstein, Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Deutschen Reichstag, kurz vor seiner Berufung zum Vorsitzenden des bayerischen Ministerrats.

Aber die alten Bindungen an historische Territorien und Dynastien verblaßten bald angesichts konfessioneller Elemente in der Politik wie der andere Gegensätze überdeckenden wirtschaftlichen Dynamik mit allen sozialen Folgen der Industrialisierung. Die Reichsgründung ermöglichte ein System mehrfach gestufter Loyalitäten, zum bayerischen König wie zum Deutschen Kaiser, während Franken in den Hintergrund des Bewußtseins gedrängt wurde.

Das Sprichwort, Bayern werde von Franken regiert und von Pfälzern verwaltet, hatte seine Berechtigung. Im Königreich waren Franken immer an führender Stelle in der Münchner Regierung vertreten, seit 1848 stellten sie nahezu alle Vorsitzenden im Ministerrat, die ihrerseits zahlreiche fränkische Minister beriefen. Franken stellte im Königreich 43 % der Staatsminister und Ministerverweser bei einem Bevölkerungsanteil von rund einem Drittel. Eine Änderung trat hier erst mit der Wahlrechtsreform von 1906 ein. Die in Franken starken Nationalliberalen verloren an Gewicht, auch errangen nun in den fränkischen Industriezentren Sozialdemokraten Mandate. Sozialdemokratische Wahlkreise waren konzentriert in Ober- (Kulmbach) und Mittelfranken (dabei Nürnberg und Fürth).

Trotz oder als bewußtes Gegenbild zur rasch fortschreitenden Industrialisierung und Modernisierung in der Prinzregentenzeit erhielt um die Jahrhundertwende ein ganz



anderes, unpolitisches und romantisches Frankenbild neue Nahrung. Für Teile des Adels und des Bildungsbürgertums trug es zur Identitätsstiftung bei, ein - wie es Werner Blessing formulierte - Frankonismus von ‚folkloristischem‘ Charakter, der sich nicht gegen Bayern, sondern auf ein über die bayerischen Grenzen hinausreichendes, imaginiertes Stammesfranken richtete. Diese Entwicklung fiel zusammen mit der Heimatschutzbewegung wie der Entdeckung des romantischen Frankens durch den Tourismus. Seinen wissenschaftlichen Überbau fand dies 1904 in der Gründung der Gesellschaft für fränkische Geschichte aus der Zusammenarbeit von Forschung und gesellschaftlich relevanten Gruppen, besonders dem fränkischen Adel.

Der Erste Weltkriegs verdeckte politische, soziale und regionale Konflikte. Beim Ausbruch wie der Umsetzung der Novemberrevolution 1918 spielte ein regionales Bewußtsein keine Rolle. Im Zusammenhang mit den Unruhen der Ausrufung der Räterepublik in München floh die Regierung des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (1867-1930) am 7. April 1919 nach Nürnberg und weiter ins noch sicherere Bamberg, wohin ihr der Landtag folgte. Franken war - im Vergleich zu München - zu einem Hort von Ruhe und Ordnung geworden. Noch während die bayerische Staatsregierung in Bamberg tagte, zeichnete sich eine Erweiterung des bayerischen Staatsgebiets ab. Der Freistaat Coburg mit der Exklave Königsberg (Haßberge) vereinigte sich im Februar 1920 mit Bayern.

Aus dem Geist der Heimatschutzbewegung wie Vorstellungen eines romantischen Stammesfranken entstand nach dem Ersten Weltkrieg der Frankenbund. Mit der Wahrung regionaler Identität befaßt sich diese 1920 durch den gebürtigen Bamberger Gymnasiallehrer Peter Schneider (1882-1958) gegründete Vereinigung. Nach der Katastrophe der Weltkriegsniederlage und dem Ende der Monarchie rückte der Stamm in den Mittelpunkt seines Denkens: „Nichts anderes kann uns mehr helfen als der Stolz auf die Leistungen und Tugenden unseres Stammes“. Verstärkt wurde in der Zwischenkriegszeit der deutsche Charakter Frankens beschworen, wofür „der Bamberger Reiter, der Mittelalterzauber Rothenburgs und besonders der Nürnberg-Mythos als Kristallisationspunkte“ (Werner Blessing) dienten. Dieses fränkische Stammesbewußtsein stellte aber den bayerischen Staatscharakter nicht in Frage.

Von ganz anderer politischer Seite wurden dagegen nach 1918 verschiedentlich Rufe laut, die fränkischen Gebiete von Bayern abzutrennen. Einzelne Vertreter von MSPD und USPD erhoben gelegentlich Forderungen nach eine Republik Franken, um ihren Protest gegen die konservativ-föderalistische Politik der Staatsregierung zu artikulieren. Zu politischer Wirksamkeit gelangten sie aber nicht, maßgeblich für die Wahlergebnisse

blieben auch in der Zwischenkriegszeit in erster Linie weltanschauliche, konfessionelle und soziale Motive, nicht regionale Identitäten. Auffällig ist allerdings das starke Gewicht nationaler Verbände und Parteien in Teilen Frankens, wobei Coburg eine Vorreiterrolle für die NSDAP spielte. Besonders in den evangelischen Gebieten nahm der Anteil ihrer Wähler ab 1930 deutlich zu, wofür symptomatisch die Erfolge von Hans Schemm (1891-1935) in Bayreuth und Ostoberfranken stehen können. Dies beruhte auf der traditionell staatskonservativen und nationalen Haltung vieler Protestanten, die nach dem Ende der Monarchie keine einheitliche politische Heimat gefunden hatten.

Bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 wurde die NSDAP mit einem Stimmenanteil von 43,1% (4,1% für den Koalitionspartner, die Kampffront Schwarzweißrot) auch in Bayern zur stärksten politischen Kraft. Noch wurde das Wahlverhalten von den konfessionellen Verhältnissen bestimmt, in Mittelfranken erreichte sie 51,6 %, in Oberfranken 48,7% und in Unterfranken nur 34%. Trotz des selbsternannten „Frankenführers“ Julius Streicher (1885-1946), dessen Macht freilich auf Nürnberg und Mittelfranken beschränkt war, wurde aber Franken nicht zu einer verwaltungsmäßigen oder politischen Einheit zusammengefaßt. In Würzburg wirkte als Gauleiter von Mainfranken (so benannt ab 1934) Otto Hellmuth (1895-1968), der Florian Geyer und die Aufständischen des Bauernkriegs zu Vorläufern des Nationalsozialismus in Franken verfälschte. Die nationalsozialistische Gauorganisation beruhte auf einem Gemisch traditioneller Parteischwerpunkte, persönlicher Herrschaftsbildung und rationaler Wahlkreiseinteilung. Die Gauen Unterfranken und Mittelfranken entsprachen bayerischen Kreisen, der Gau „Bayerische Ostmark“ unter Hans Schemm mit Sitz in Bayreuth umspannte Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern, griff also weit in den bayerischen Südosten aus. Besonders in Nürnberg bemühten sich die Nationalsozialisten, die historische Tradition der Reichsstadt für ihre Propaganda einzusetzen, indem sie hier ihre Reichsparteitage zelebrierten. Der sogenannte „Reichsparteitag der Freiheit“ vom September 1935 brachte mit den „Nürnberger Gesetzen“ einen Schub völkisch-rassistischen Fanatismus. Im rechtsrheinischen Bayern lebten 1933 mit Schwerpunkt in München, Nürnberg-Fürth und den Landjuden in Franken und Schwaben circa 35 000 Juden. Durch die radikal antisemitische Politik sank ihre Zahl bis 1939 durch Emigration auf circa 14 000, die dann zum großen Teil ermordet wurden.

Eine besondere fränkische Identität aber wurde vom nationalsozialistischen Regime nicht propagiert, die NS-Ideologie zielte auf die Volksgemeinschaft im gesamten Reich. Die Frankentage auf dem Hesselberg brachten zwar gewaltige Menschenmassen auf den „heiligen Berg der Franken“ – schon hier wird die pseudosakrale Konnotation deutlich –

waren aber nur eine Veranstaltung des mittelfränkischen Gauleiters Streicher. Über die Folgen des Zweiten Weltkrieges für den fränkischen Raum und die anschließende Besetzung durch alliierte Truppen braucht an dieser Stelle nicht weiter gesprochen werden.

Mit der Einsetzung Staatsrat Dr. Fritz Schäffers am 28. Mai 1945 als vorläufigen Ministerpräsidenten war die staatliche Existenz Bayerns über die Katastrophe hinweg bewahrt, wenn auch unter der Oberhoheit der amerikanischen Militärregierung. Ganz selbstverständlich gehörten die fränkischen Regierungsbezirke zu Bayern, das sich im Mai 1946 eine neue Verfassung als Freistaat gab. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits wieder politische Parteien gebildet. Als Besonderheit ist hier der fränkische Einfluß in der neuentstandenen CSU anzusprechen, wo es besonders der aus der Nähe von Würzburg (Greußenheim) stammende Adam Stegerwald (1874-1945) und der aus Steinwiesen in Oberfranken stammende Dr. Josef Müller (1898-1979) - der Ochsensepp - waren, die eine interkonfessionelle Ausrichtung der Partei und die Abkehr von der konservativeren Linie der Bayerischen Volkspartei durchsetzten. Die Gruppe der mehrheitlich fränkischen CSU-Abgeordneten um Müller war es auch, die 1946 die Einrichtung des Amtes eines bayerischen Staatspräsidenten verhinderte. Mit Dr. Hans Ehard (1887-1980) stammte dann der dritte Nachkriegsministerpräsident aus Franken, die bayerischen Kabinette setzen sich meist nach einem Regionalproporz zusammen. Ab 1950 gehörte mit Georg Freiherrn von Franckenstein (1898-1965) über fünf Wahlperioden der Großvater unseres Gastgebers dem Bayerischen Landtag an, wieder ein herausragender Vertreter einer in Bayern angekommenen reichsritterschaftlichen Familie. Von 1953 bis 1965 füllte er das Amt des 1. Vorsitzenden der Gesellschaft für fränkische Geschichte aus. Einschneidende Veränderungen in den Bevölkerungsstrukturen erbrachte die Aufnahme von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, welche in den politischen Grenzen des Alten Reiches gründende konfessionelle und regionale Unterschiede einebneten.

Forderungen nach einem stärkeren politischen Gewicht Frankens wurden meist nur laut, um gegen die Ausrichtung der Münchner Politik im Hinblick auf die Ausgestaltung der Bundesrepublik Deutschland Position zu beziehen. 1948 entstand mit der „Fränkischen Arbeitsgemeinschaft“ in Nürnberg eine organisierte Protestbewegung. Sie wandte sich gegen vermeintliche separatistische bayerische Bestrebungen und forderte eine stärkere Berücksichtigung fränkischer Interessen im Bereich des Rundfunks, der Verkehrsinfrastruktur und der Kultur. Eine einschneidende territoriale Änderung erfolgte 1972, als im Zuge der Gebietsreform der Landkreis Eichstätt von Mittelfranken

abgetrennt und Oberbayern zugeschlagen wurde. Aktuelle Forderungen des nicht mit dem Frankenbund zu verwechselnden, eher populistisch agierenden Fränkischen Bundes nach einem Volksbegehren zur Schaffung eines Bundeslandes Franken wurden durch das Bundesinnenministerium (1994) wie das durch Bundesverfassungsgericht (1997) abgelehnt.

Zwischen 1802 und 1816 wurde der größte Teil der Territorien des Fränkischen Reichskreises mit dem Kurfürstentum und Königreich Bayern vereinigt. Erst in diesem größeren Rahmen entwickelte sich eine fränkische Identität, erfolgte aber auch, wesentlich angestoßen durch die Verfassung von 1818 und die Politik König Ludwigs I., die Integration Frankens in Bayern. Welche fränkischen Gemeinsamkeiten und Besonderheiten gibt es weiterhin? Die Stärke Frankens ist seine Vielfalt und sein daraus resultierender kultureller Reichtum. Franken hat in circa zwei Jahrhunderten als Teil Bayerns eine positive Entwicklung erfahren. Schon im Königreich lagen hier zwei der drei bayerischen Landesuniversitäten, in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts sind weitere in Bamberg und Bayreuth dazugekommen. Franken besitzt, in Coburg und neuerdings auch in Nürnberg, mittlerweile sogar zwei Staatstheater und auch die Festspiele in Bayreuth erfreuen sich staatsbayerischer Unterstützung. Franken verfügt in den drei bayerischen Regierungsbezirken über eigene Organe, die im Bereich der Kulturpflege große Leistungen erbringen. Und auch der Zentralismus im Bereich des Archivwesens wurde in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts rückgängig gemacht. Seit 2006 wird am 2. Juli ein Tag der Franken, beginnend in Nürnberg, begangen, dessen Ausrichtung seitdem im Turnus durch die fränkischen Regierungsbezirke wandert. Wieweit die aktuelle Einrichtung eines Heimatministeriums in Nürnberg Bestand haben und das Heimatgefühl in Bayern wird stärken können, wird erst die Zukunft zeigen.

Eine ältere Fassung dieses Vortrags mit Anmerkungen ist veröffentlicht:

200 Jahr Franken in Bayern, in: Archiv für Geschichte von Oberfranken 87, 2007, S. 229-246.